



## Deutschland.

Berlin, 10. Octbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Wirthlichen Geheimen Rath und Ober-Präsidenten der Provinz Pommern, Frhrn. v. Münchhausen zu Stettin, den Stern zum königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Stadtgerichts-Director Zippel zu Könnigsberg i. Pr. zum Ersten Director des dortigen Stadtgerichts mit dem Amtsscharakter als Stadtgerichts-Präsident; die bisherigen Ober-Bau-Inspectoren Peters in Oppeln, Haustein in Bosen und Muyschel in Bromberg zu Regierung- und Bau-Rathen; und den Kreisrichter und Abteilungs-Diregenten Boehme in Kosten zum Kreisgerichts-Rath ernannt; dem Bürgermeister Denhard zu Stralsund und dem Bürgermeister Dr. Lehmann zu Greifswald den Charakter als Geheimer Regierung-Rath; sowie dem Commerzien-Rath Matthias Büdler zu Döllken im Kreise Kempen den Charakter als Geheimer Commerzien-Rath verliehen; und den bisherigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Luckenwalde, Emlich, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft für eine fernere weite sechsjährige Amtsduer bestätigt.

Die königlichen Regierungs- und Bau-Räthe Peters, Haustein und Muyschel sind als solche den Regierungs-Collegien resp. zu Oppeln, Bosen und Bromberg zugewiesen worden. Der königliche Bau-Inspector Blub zu Neu-Kuppin ist als königlicher Wasserbau-Inspector nach Straßburg versetzt worden. Der Rechtsanwalt und Notar Siehr in Mohrungen ist in gleicher Amteigenschaft an das Kreisgericht in Allenstein versetzt worden. Dem Oberlehrer Dr. Freyer am Pädagogium zu Jülsfeld ist das Prädicat „Professor“ beigelegt worden. Der ordentliche Lehrer Peter Adam Conrad am Apostel-Gymnasium in Köln ist zum Oberlehrer befördert worden.

Berlin, 10. Octbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen am 7. d. M. in Baden einige, zur Absattung persönlicher Melbungen eingetroffene Militärs, nahmen darauf den Vortrag des Ober-Hof- und Haushofchalls Grafen Pückler entgegen und arbeiteten demnächst mit dem Chef des Civil-Cabinets, Geheimen Cabinets-Rath von Wilmowski, und dem Geheimen Legations-Rath von Bülow II. Nachmittags machten Se. Majestät der Kaiser eine Spazierfahrt.

Am 8. d. Mts. empfingen Se. Majestät den Tag zuvor eingetroffenen Chef des Militär-Cabinets, Oberst von Albedyll, arbeiteten mit demselben längere Zeit und erhielten darauf dem Botschafter des deutschen Reiches in Paris, Grafen von Arnim, eine Audienz.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] trafen gestern Vormittag von Potsdam hier ein, besichtigten bald nach der Ankunft die Kunstuistaltung im Akademiegebäude, und machte darauf Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz noch eine Aussicht. Um 3 Uhr Nachmittags kehrte Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit wieder nach dem Neuen Palais zurück und eine Stunde später trat Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz ebenfalls die Rückfahrt an.

[Se. Königliche Hoheit der Prinz Carl] kam gestern Vormittag 10 Uhr von Clinique nach Berlin, machte bald darauf höchst seinem Bruder, Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht einen Besuch, und empfing später einige Militärs. Um 12 Uhr traf Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Carl ebenfalls hier ein, stattete Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Frau Großfürstin Helene von Russland einen Besuch ab und nahm Nachmittags einige Ausstellungen in Augenschein. Abends wohnten Ihre Königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Carl der Vorstellung im Victoria-Theater bei und kehrten nach dem Schluss derselben wieder nach Potsdam zurück.

Wenn Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht in der vergangenen Nacht auch etwas mehr Ruhe und länger dauernden Schlaf gehabt hat, so ist dies doch auf die in den letzten Tagen beobachtete Erkrankung und Abnahme der Kräfte ohne bessern Einfluss gewesen.

[Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert] traf am Sonntag Morgen mit dem Aviso „Adler“ von Glückstadt kommend in Geestemünde ein, inspizierte die Forts und Batterie, nahm im „Hotel Hannover“, wohin auch die Chefs der Wasser- und Hafenbauten zu einer Audienz befohlen waren, das Dejeuner ein und setzte Nachmittags die Reise nach Wilhelmshaven fort. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 10. October. [Die bischöfliche Denkschrift. — Elwanger. — Ernennung.] Die „Germania“ hat jetzt den Schluss der Denkschrift der Bischofe mitgetheilt, welcher aber nur die Aufsicht bestätigt, die der erste Theil derselben hervorgerufen. Die Denkschrift macht den Versuch, die katholische Geistlichkeit als lediglich auf der Linie der Abwehr stehend zu bezeichnen, und sie behauptet speziell, daß die Anklagen und Vorwürfe, welche etwa gegen die Partikularisten und andere der nationalen Entwicklung feindliche Elemente gerichtet werden, nicht die Stammführer des ultramontanen Partei treffen können. Die katholische Geistlichkeit und der Papst sollen eine tadellose Haltung bewahrt haben. Demgegenüber braucht man nur an die Anklagen zu erinnern, welche schon in den bekannten Reden des Fürsten Bismarck ihre eingehende und überzeugende Darstellung gefunden haben. Es ist nicht zufällig, daß die katholische Geistlichkeit überall sich zur Helfershelferin und Führerin derjenigen Bestrebungen macht, welche mit dem Lebensinteresse der deutschen Nation im schroffen Gegensatz stehen. Es ist nicht zufällig, daß der Ultramontanismus im Bündnis mit Württemberg, Polen und Sozialdemokraten thätsächlich steht. Was aber die tadellose Haltung der katholischen Geistlichkeit und des Papstes selbst betrifft, so muß doch auf die Kundgebungen der ultramontanen Presse hingewiesen werden, die in den innigsten Beziehungen zu der katholischen Geistlichkeit steht und von dieser ihre Inspirationen empfängt, aber seit 1866 nicht einen Tag, nicht einmal während des Krieges gegen Frankreich unterlassen hat, die deutsche Politik Preußens in der gemeinsten Weise zu bekämpfen. Gegen diese Thattheachen vermag die Denkschrift mit allen ihren Sphären nichts auszurichten. Man muß wiederholt constatiren, daß durch dieselbe, wenn sie sich prinzipiell gegen die deutsche Politik und gegen das deutsche Staatswesen erklärt, der Gegensatz zwischen dem Ultramontanismus und dem Rechtstaat unserer Zeit auf das entschiedenste dargelegt wird. Nicht der Friede wird durch die Denkschrift zurückgeführt, wohl aber der Kampf zwischen dem Staat und der Kirche verschärft. Ganz besonders ist noch hervorzuheben, daß die Denkschrift eine umfassendere Bedeutung dadurch erhält, daß die außerpriestlichen Bischofe sich ganz auf Seiten der preußischen stellen, und daß die Denkschrift ausdrücklich die Erklärung enthält, die Unterzeichner billigen nicht nur das Verfahren des Bischofs von Ermland in der Excommunicationfrage, sondern würden auch unter gleichen Verhältnissen ebenso verfahren. — Der Rücktritt des Wtr. Geh. Oberfinanzrahs Elwanger ist jetzt definitiv. An seine Stelle wird wahrscheinlich ein hoher Finanzbeamter treten, der früher im Finanz-Ministerium gearbeitet hat und neuerdings in der Provinz angestellt wurde.

Der Obertribunalrath Meyer ist zum Vicepräsidenten des Appellationsgerichts zu Insterburg designirt worden.

= Berlin, 10. October. [Der Apothekenbetrieb. — Die vereideten Makler. — Das Goslar'sche Kaiserhaus.] Man wird sich erinnern, daß gegen den Schluss der letzten Reichstagssession eine lebhafte Agitation unter den Apothekenbesitzern sich bemerklich machte, welche durch eine Regulirung des Apothekenbetriebes an der Hand der Gewerbeordnung einer Bedrohung ihrer Interessen entgegen zu arbeiten strebte. Die Petitionen, welche zur Wahrung der jetzigen Verhältnisse und andererseits um gänzliche Freigabe des Apothekengewerbes eingegangen waren, blieben durch den Sessionsschluss unerledigt. Unzweckhaft wird diese Angelegenheit indessen in der nächsten Reichstagssession regulirt werden. Man verhehlt sich in Regierungskreisen nicht, daß die Dinge, so wie sie jetzt liegen, nicht aufrecht zu erhalten sind, daß aber einer Regulirung im Sinne der Petitionen auch große Schwierigkeiten entgegenstehen. Es ist nach wie vor die Meinung, daß die staatliche Controle über den Apothekenbetrieb aufrecht erhalten bleiben muss.

Diejenigen also, welche auf eine gänzliche Freigabe des Apothekengewerbes gerechnet haben, werden sich in ihren Hoffnungen getäuscht sehen. Eine größere Schwierigkeit bietet die Entschädigungsfrage, man verhehlt sich nicht, daß die Besitzer von Privilegien nicht ohne Weiteres durch ein neues Gesetz ihre Rechte verlieren können. Zudem wird man fortfahren, Material über diese Frage zu sammeln, und dieselbe nicht ohne Mitwirkung von Sachverständigen zu lösen unternehmen. Hauptfachlich wird man bemüht sein, auch auf diesem Gebiet die Uebenheiten zu beseitigen, welche durch die Verschiedenartigkeit der Bestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten hervorgebracht sind. — Bekanntlich sind in jüngster Zeit einige fünfzig neue vereidete Makler an hisziger Börse angestellt worden. Hierdurch hat das Gericht eine Widerlegung erfahren, wonach eine Abschaffung des Makler-Institutes Seitens der Regierung beabsichtigt sein sollte. Wie man hört, ist die Frage allerdings in Erwägung gezogen worden und ihre Verwickeltheit noch Gegenstand der Erwägung. Wenn man augenblicklich keine Aenderung vorgenommen, sondern sogar der Vermeidung der Makler zugestimmt hat, so geschah dies, weil man Angesichts des immensen Umfangs, den der Berliner Börsenverkehr jetzt gewonnen hat, sich der Forderung der Kaufmannschaft nicht entziehen konnte. — Durch die günstigen Finanzverhältnisse hat die Regierung in dem nächsten preußischen Staatshaushaltsetat eine Reihe von Petitionen berücksichtigen können, welche bis dahin vertagt werden mußten. Hierher gehört u. A. der Wiederaufbau des alten Kaiserhauses zu Goslar in seiner früheren Herrlichkeit. Eine bezügliche Petition war, wie einigermaßen sein wird, mit einem Hinweise auf die zu erhoffende Unterstützung der preußischen Regierung beantwortet worden. Die Mittel zur Ausführung des Erneuerungsbaues sind bereits angewiesen.

[Professor Virchow] hat das Ehrenbürgerrecht der Stadt Bologna erhalten „wegen seiner besonderen Verdienste um die Wissenschaft und um die Stadt Bologna bei Gelegenheit des Congresses für vorhistorische Alterthums- und Menschheitskunde im Jahre 1872.“ (Wolfsburg.)

D. R. C. [Die Städte und das Herrenhaus.] Wie wir hören, hat der Minister des Innern denjenigen Städten, deren Sitz im Herrenhause gegenwärtig erledigt sind, die Weisung zugehen lassen, möglichst bald die Erstwahlen vorzunehmen, so daß noch vor Beginn der Herrenhaussitzungen die Wahl dieser Herren erfolgen soll. Für die Stadt Berlin, deren Vertreter Geh. Finanzrat Wildens bekanntlich sein Amt als Stadtrath und damit auch seinen Sitz im Herrenhaus niedergelegt hat, wird diese Wahl, wie wir hören, in der nächsten Woche stattfinden. Als Kandidaten, heißt es, hat man den Ober-Bürgermeister Hobrecht in Aussicht genommen, der somit seine Tätigkeit in dem Herrenhause nicht unterbrechen würde.

D. R. C. [Die Tagesordnung] der nächsten auf den Dienstag den 22. October, Mittags 12 Uhr, anberaumten (59.) Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses enthält folgende Gegenstände: den 3. und 4. Bericht der Petitionscommission, den zweiten Bericht der Commission für Handel und Gewerbe über Petitionen, den dritten Bericht der Unterrichtscommission über Petitionen, den zweiten Bericht der Commission für Finanzen und Zölle über Petitionen und den dritten Bericht für das Gemeindewesen über Petitionen.

[Nach der letzten Notiz über die Ausprägung der Reichsgoldmünzen] waren bis zum 21. September d. J. in den Münzstätten des Deutschen Reiches in Zwickau 273,466,860 Mark und in Schmiedestädten 29,654,480 Mark ausgeprägt worden. In der Woche vom 22. bis 28. September d. J. sind ferner geprägt: in Zwickau 195,780 Mark, in Hannover 164,920 Mark, in Frankfurt a. M. 1,404,980 Mark und in München 232,080 Mark, ferner in Schmiedestädten in Hannover 776,240 Mark, in Frankfurt a. M. 693,870 Mark und in München 392,690 Mark. Die Gesamt-Ausprägung stellt sich daher bis 28. September auf 310,981,900 Mark, wovon 279,464,620 Mark in Zwickau und 31,517,280 Mark in Schmiedestädten bestehen.

Essen, 8. Octbr. [Die traurigen Vorkommnisse bei der hiesigen Volksbank] über die wir berichteten, haben bereits eine schauerliche That zur Folge gehabt. Der Bruder des inhaftirten Geschäftsführers der Volksbank, der bisher Procurist in einem der ersten Bankgeschäfte unserer Stadt, in letzterer Zeit jedoch Theilhaber einer Eisengießerei zu Bergisch-Beuel geworden war, hat sich gestern im Keller seiner Wohnung an der Logenstraße durch einen Schuß in den Kopf getötet. Die Motive zu der schrecklichen That, durch welche eine junge Frau mit einem kleinen Kind in die furchtbare Lage versetzt worden ist, dürften darin zu suchen sein, daß der Betreffende zu den Vorkommnissen bei der Volksbank in naher Beziehung gestanden zu haben scheint. (E. B.)

Darmstadt, 10. October. [Der Ministerialrath Neidhardt] ist an Stelle des Geheimen Obersteuerrathes Ewald zum Bevollmächtigten des Großherzogthums Hessen beim Bundesrat ernannt worden.

Darmstadt, 10. October. [Der Verbandstag des deutschen Frauen- und Bildungsvereins] ist hier gestern in Gegenwart der Frau Prinzessin Ludwig von Hessen durch Professor v. Holzendorff aus Berlin eröffnet worden. Zum Präsidenten der Versammlung, welche sehr zahlreich auch durch Ausländer (u. A. Miss Carpenter England) besichtigt ist, wurde Lammers aus Bremen gewählt. Die Delegirten des Frauentags, unter welchen sich gegen 50 Frauen befinden, traten gestern Abend zu einer besonderen Berathung im Palais der Frau Prinzessin Ludwig zusammen.

München, 8. October. [Ultramontanismus und deutsches Reich. — Alt-katholische Bewegung in Bayern.]

Zur Wohnungskalamität. — Volksschule.] In politischer Beziehung ist in Bayern nachgerade vollständige Ruhe eingetreten und nur hin und wieder hellt noch ein Particularist das sich immer mehr festigende deutsche Reich in ohnmächtiger Wuth an. Die Gemäßigt-Clericalen flügen sich so gut es ihnen eben möglich in das Unvermeidliche und die extremen Ultra's ratsonnieren um — zu trafehren. Oder ist es etwas Anderes als der Ausdruck lediglich eines blödsinnigen Hasses, wenn der „Volksschule“ z. B. über Deutschland sagt, daß er im gegenwärtigen „Reiche“ nur die Frucht einer gewaltigen Revolution und das Ergebnis einer unabsehbaren Reihe von Altentaten auf die göttliche und menschliche Rechtsordnung sei? Selbstverständlich muß auch nach Ansicht unserer biederer Ultra's ein solches Reich in seiner Wurzel bereits vergiftet sein und nur giftige Früchte hervorbringen! Ob die Früchte des neuen Reiches wirklich so giftig sind, möchte ich sehr stark bezweifeln, da sie ja bekanntermassen nicht einmal im Stande sind, trotz „Reichsjesuiten- und Einführungsgesetz in Bayern“, die frommen Väter der Gesellschaft Jesu aus Bayern zu vertreiben. Das Reich wird ferner mit einem vorübergehenden Gewitter verglichen, von der Vorsehung bestimmt, die Lust zu reinigen und einer besseren Zukunft vorzuarbeiten. Eine „Zukunft“ kann danach das deutsche Reich selbstverständlich nicht haben. Den Schluss dieser Blumentale aus den Kraftsprüchen unserer Könige mag die Erklärung des eisartig terrible unserer Schwarzen (der „Volksbote“) bilden, dahin gehend, daß „keine Macht der Erde im Stande sei, ihm Sympathie gegen das Reich“ einzuflößen! Ob diese furchtbare, überdies noch in musterhaftem Deutsch gegebene Erklärung unseres genannten Münchener Witzblattes mehr das deutsche Reich als das Zwerchfell der Leser erschüttern wird, lasse ich dahingestellt. Das nicht minder gut katholische „Vaterland“ nimmt sich in jüngster Zeit sehr warm der Jesuiten an und mag folgende Stilprobe zeigen, in welchem Tone die frommen Väter vertheidigt werden. Das Blatt läßt sie nämlich stolz mit Paulus sprechen: Man versucht uns und wir segnen; man verfolgt uns und wir dulden; man lässt uns und wir beten. Wie ein Auswurf dieser Welt sind wir geworden, wie ein Abschau von Allen bis zu dieser Stunde! Sollte dieses von christlicher Demuth strohende Geständnis in seinen letzten beiden Sätzen nicht etwa und zwar gegen den Willen des „Vaterland“ in der Haupfsache zur Wahrheit geworden sein? — Der „Alt-katholizismus“ befindet sich in Bayern zur Zeit in einer das Schlimmste für die ganze Bewegung bestrafen laßenden Stagnation. Pfarrer Bernard hat seine Gemeinde in Kiefersfelden ohne Weiteres im Stich gelassen und befindet sich jetzt in Tübingen; über seine weiteren Pläne und ob er event. zurückzukehren gedenkt, verlautet nicht das Geringste. Der Tüntenhäuser Pfarrer Hofmann versucht vorläufig die von Bernard verlassene Stelle. Die Würzburger Alt-katholiken haben am 4. d. Mts. die Gründung eines von München ganz unabhängigen besondern Vereins beschlossen, für welchen eigene Sitzungen entworfen werden sollen. Es sieht dieser Beschluß einer Sitzung innerhalb der Bewegung in Bayern verzweigt ähnlich. Der alt-katholischen Gemeinde in Kempten ist nun endlich vom Cultusminister ein eigener Saal im dortigen Schloß bewilligt worden. In München und den meisten übrigen bayrischen Städten, in denen der Alt-katholizismus Anhänger gefunden, ruht die mit so viel Pomp in Scena gesetzte kirchliche Bewegung fast gänzlich! Es spricht dies unter diesen Umständen so deutlich für die Zukunft derselben, daß ich mich füglich jeder Bemerkung darüber enthalten kann. — Die magistratischen Erhebungen in der Frage der ganz München in Aufregung versetzenden sog. Wohnungskalamität haben zu Resultaten geführt, welche es verdienen dürften, auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Vor einigen Tagen wurde nämlich bekannt gegeben, daß der Magistrat sämmtliche als obdachlos sich Meldende verneinen und dann weiter recherchieren wolle. Obwohl nun thätsächlich mehrere hundert Personen (der untersten Classe) gegenwärtig kein genügendes Dach haben, hat der gesamte in dieser Lage befindliche Janusgag es doch vorgezogen, dieser Aufforderung nicht Folge zu leisten, vielmehr den beliebteren Weg der Selbsthilfe (Aneignung von Breiterbuden, Benützung von Ställen u. s. w.) einzuschlagen, und nur solche, bei denen noch ein Funken von Gefühl vorhanden, haben sich gemeldet: im Ganzen 75 Parteien! Von diesen 75 Parteien (zum Theil mit starken Familien) sind 11 hier nicht heimathberechtigt, 22 müssen wegen Trunksucht, Unreinlichkeit oder Aufnahme zweideutiger Frauenzimmer in Asterthiefe ausziehen, 11 Parteien wurde wegen schlechter Zinszahlung gefündigt; 12 haben inzwischen Interventionswohnung erhalten, 1 Mann erklärte dem 1. Bürgermeister: „Sie müssen mir Wohnung verschaffen, ich schau mich nicht danach um!“; 1 Mann besitzt ein eigenes Haus, hat aber alle Räumlichkeiten vermietet bis auf ein unheilbares Stübchen mit Kammer und folgert nun daraus, daß er wohnungslos sei; 1 Packträger hat den Bürgermeister um Beschaffung einer Wohnung für Georgi 1873 ersucht, weil seiner Ansicht nach die Wohnungsnöth bis dahin so gestiegen sein würde, daß er dann kein Unterkommen mehr finden könnte. Nur 13 Parteien haben sich als der Hilfe würdig herausgestellt. Theils die für ihre Kräfte zu hohen Forderungen der Besitzer, theils aber auch die Weigerung der Leiharbeiter, Kinder im Hause zu dulden, hat diese Parteien in solche Verlegenheit gebracht. Fünf Personen haben an Georgi bereits ihre Wohnungen selbst gefündigt, in dem sicheren Erwarten, daß „der Magistrat schon für Wohnung Sorge tragen werde!“ Das ist die ganze Münchener Wohnungskalamität, welche trotz ihrer Unbedeutendheit immerhin noch unbegreiflich erscheint, wenn man in Betracht zieht, daß im laufenden Jahre 568 neue Wohnungen bereits gebaut worden, die Einwohnerzahl von München aber eher immer weiter zurück als vorwärts geht! Daß die Gemeinde-Vertretung übrigens ihr Möglichstes thut, die Not der Armen und Erwerbsunfähigen zu lindern, beweist, daß beständig beinahe 3000 Personen auf Kosten der Stadt in den verschiedenen Anstalten befestigt und verpflegt werden. Im Asyle für Obdachlose dagegen stehen zwar 150 Betten, doch sind diese nicht alle besetzt. Hier wie anderwärts erscheint es eben den Volksklassen angenehmer, jede Maßnahme der Behörde zu schwächen und dabei ein Zigeunerleben zu führen, als sich in die strenge Ordnung eines ihnen zwar offen stehenden, der in denselben geübten Aufsicht wegen ihnen aber verhängten Hauses zu slegen! — Die nicht zu leugnende Knappheit der Wohnungen, welche aber durchaus nicht gleichbedeutend sein soll mit Wohnungsknotz“ hat vorgestern außer dem „Arbeiterheim“ noch eine zweite Gesellschaft „Bayerische Baugesellschaft“ entstehen lassen, welche letztere bereits ein Kapital von 2 Millionen Thaler aufgebracht hat, ohne daß den Gründern der mindeste Vorbehalt vorbehalten wurde.

An der Spitze derselben stehen Graf zu Pappenheim und Graf von Roos-Waldeck. Hoffen wir, daß das Unternehmen möglichst schnell prosperieren werde. Das erforderliche Bau-Terrain ist vorhanden. — Vor etwa 14 Tagen wurde hier von der Bestitzerin der sogenannten „Dachauer Bank“ (eines auf gelinde gesagt „geheimnisvoller“ Baals beruhenden Geldinstituts), der ehemaligen Schauspielerin Adele Spizeder, die „erste Volksküche“ eröffnet. Die Preise sind sehr niedrig gestellt, so daß in den ersten Tagen ein kolossaler Zudrang zu den Localitäten dieser Volksküche war, und allgemein gefürchtet wurde, der hierdurch den übrigen Gastwirthen zugefügte Abbruch an Gästen würde ihnen empfindlichen Schaden verursachen, trotzdem „die Volksküche nur auf die Arbeiter berechnet sein soll.“ Das war indeß eine kleine Täuschung: Die Mittelschicht läßt sich dort, d. h. in der Volksküche, nicht mehr blicken und die Arbeiter haben in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung einstimmig erklärt, daß sie dieses Institut als ihnen schädlich erachten. Der Arbeitgeber würde durch die billigen Lebensmittelpreise in der Volksküche nur zur weiteren Heraabdrückung des Arbeitslohnes veranlaßt. Unsere für das Volkswohl von wahrer Feuerfeder besetzte Bankinhaberin scheint sonach wohl mit ihrer Glücksmacherei selbst verunglückt zu sein.

Aus Baden, 8. October. [Das Spiel] in Baden-Baden soll am 31. October geschlossen werden. Es werden aber von Seiten des Spielpächters Anstrengungen gemacht, es noch die Monate November und December hindurch dauern zu lassen. Herr Dupressot soll der Stadt, welche sich bereits mit der Frage der Ausbringung der 70,000 Gulden aus Gemeindemitteln zum Budget des jährlichen Kuraufwandes lebhaft beschäftigt, die Summe von 50,000 Francs geboten haben, falls sie ihm zur Genehmigung dieser Spielverlängerung verhelfen sollte. Wir zweifeln gleichwohl an dem Erfolge derartiger Bemühungen. Die Fremdenliste Badens wird voraussichtlich für dieses Jahr die Zahl von 60,000 erreichen; gegen 50,000 zählt sie bereits. (N. 3.)

Mühlhausen, 7. October. [Die Emigranten.] Ueber die Stimmung, welche gegenwärtig unter den in Belfort sich aufhaltenden Emigranten herrscht, berichtete einem Mühlhäuser Correspondenten des „Niederrhein. Courier“ ein von dort gekommener Geschäftsmann das Erstaunliche. Es soll da die größte Katholizität herrschen. Mangel an Wohnungen und übertriebene Theuerung der Lebensmittel machen es vielen fast unmöglich, dort zu verbleiben, und die Weiber, die zu einem großen Theil Schulden an dem unüberlegten Auswandern waren, dringen am meisten auf Abreise, entweder weiter hinein nach Frankreich, wo man keine Preusen mehr sieht, oder zurück ins Elsaß, das ist ihnen enerlet. Die Männer überlegen die Sache etwas mehr, sie berathen mit ihren Freunden und ihrem Geldbeutel, aber wenn sie einen Hässer treffen, der nicht zu den Emigranten zählt, so kommen ihnen Thränen in die Augen und sie klagen ihm ihre Verlegenheit auch wenn sie nicht zu Worte kommen können. Geld soll zwar ziemlich fleien zur Unterstützung der Emigranten, aber dasselbe dient hier bloss um ein höchst langweiliges Dafein zu fristen; für einen industriellen Elsäßer hat solches Geld wenig Wert. Viele fürchten, bei einer Rückkehr werde ihnen hier der Aufenthalt, wenn nicht versagt, doch sehr erschwert; solches wird wohl abschlich ausgestreut, um die Bethörten zurückzuhalten, und ein allgemeines Zurückkehren ins Elsaß zu verhindern; daß dieses der Fall ist, zeigt sich in der Thatache, daß die bisher Zurückgekehrten nichts Eilligeres zu thun wußten, als zum Commissar oder zu irgend einem andern Beamten zu gehen und ihn um Erlaubniß zu bitten, wieder hier bleiben zu dürfen. Natürlich wird dieses keinem verweigert, wenn er nicht als Franzose hier bleiben will, und von den Zurückkehrenden läßt sich keiner einsallen, eine solche Prätention zu machen.

### D e s t r e i c h .

Pest, 9. Octbr. [Reichsraths-Delegation.] Heute begann in der österreichischen Delegation die Debatte über das Kriegsbudget. Auf Antrag des Berichterstatters Dr. Gislera soll zuerst die Frage der Erhöhung des Präsenzstandes und die der Gagenerhöhung in die Debatte gezogen werden.

Cerne erklärt, im Interesse der Aufrechterhaltung der Machstellung Österreichs für die Regierungsziffern zu stimmen. Die wachsenden Vermütsnisse zwischen den österreichischen Bölkern selbst, die Politik Preußens, die unter dem Banner der deutschen Nationalität und der deutschen Einheit für Österreich von Tag zu Tag gefährlicher wird, so wie die panslavistischen Besitzungen Rußlands, welche die Aufrichtung einer slavischen Universalmonarchie zum Ziele haben, dürfen die Aufgabe der österreichischen Armee für die nächste Zukunft sehr schwierig machen. Darum müsse jeder Patriot für die Regierungsanträge votiren.

Dr. Breitl weist auf das Kriegsbudget des Jahres 1869 mit 74 Millionen hin, dem gegenüber das Budget für 1873 eine Steigerung von 23 Millionen aufweist. Es sei keine dringende Notwendigkeit vorhanden, auf die Erhöhung in diesem Maße einzugehen, da eine imminente Kriegsgefahr heute viel weniger als vor vier Jahren vorhanden und die politische Situation gegenüber jener von 1868 durchaus nicht verschlechtert ist. Das Budget Eiseleniens sei noch immer kein defizitoles und die finanziellen Kräfte des Staates rechtfertigen die Abstriche des Ausschusses. Sei einmal unsere Finanzlage geordnet, dann werden wir eine Macht und Stärke erlangen in unseren Beziehungen nach Außen, die viel größer sei, als jene, die durch Mehrauslagen im Militärbudget erzielt werde. (Beispiel.) Im letzten Kriege wurde auf unsere schlechte Lage gerechnet. Cerne's Ausführungen seien nicht am Platze, da sie innere Angelegenheiten betreffen. Uebrigens sei eine Unzufriedenheit, die durch die Bewilligung von acht Millionen befürchtet werden könnte, nicht zu fürchten. Redner empfiehlt nochmals die Ausschußanträge.

Dr. Figuly erklärt, auf dem Standpunkte der Regierung zu stehen, und wenn er dennoch Abstriche befürwortete, so geschehe dies nicht aus Opposition gegen die Regierung, deren politische Tendenzen er vollkommen billige, sondern aus Opportunitätsrücksichten. Man müsse die Erfahrung, die Geschichte und die gegenwärtigen Verhältnisse bei dieser Frage zu Rathe ziehen. Redner weist ziffermäßig nach, daß die Erfahrung für seine Anschauungen spreche.

Greuter: Die gegebene Frage werde gelöst durch die Beantwortung der Frage, ob die von der Regierung verlangten Opfer nicht bloß im Interesse der Regierung, sondern auch im Interesse des Volkes gelegen seien. Darüber seien nur die Meinungen getheilt. Die Salus Reipublicae verlange, daß man durch eine starke Armee die Existenz des Staates sicherstelle. Man braucht nicht bloß Soldaten für den Krieg, sondern auch für den Sieg. Die Bevölkerung werde dadurch am meisten geschont, wenn man gut geschulte Truppen dem Feinde gegenüberstellt. Der friedliche Vorbergrund gebe keine unbedingten Garantien für die Zukunft. Die Logik der vollendeten Thatsachen gehe heutzutage vor dem Rechte. Während man vor wenigen Tagen dem Ministerium ein Vertrauensvotum gab, wolle man denselben heute gar keinen Glauben schenken. Der Kriegsminister möge in Hinkunft seine Forderungen unter dem Titel „Dispositionsfond“ vom Minister des Neuen beanspruchen lassen und Alles werde bewilligt werden. Nebst einer starken Armee brauche man auch eine begeisterungsfähige; daher sei Schönung der religiösen und nationalen Überzeugung notwendig. Redner schließt mit der Erklärung, für die Regierungs-Anträge stimmen zu wollen.

Del.: Man müsse allerdings mit dem Gelde, aber auch mit den Knochen und dem Blute der Steuerträger vorgehen. Eine starke Armee sei unbedingt notwendig, zumal in unserer Zeit, wo Verachtung aller Autorität eingerissen ist. Wenn Österreich heute als Reconvalescent bezeichnet wurde, so müsse man denselben nicht nur Stärkungsmittel geben, sondern ihn auch vor neuen Wunden schützen, auf daß er nicht wieder in eine tödliche Krankheit verfallen. Redner fordert für die Regierungsanträge.

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Der Berichterstatter Dr. Gislera erklärt, keiner der Redner gegen den Ausschußantrag habe eine sachliche Rechtfertigung der Mehrigkeit der Regierung vorgebracht; er wolle in eine politische Debatte jetzt nicht eingehen, da nicht der Zeitpunkt dazu da ist.

In der Specialdebatte beantragt Gablenz, das Erforderniß für die

dauernde Erhöhung des Präsenzstandes im Frieden bei der Infanterie und den Jägertruppen um 28,706 Mann zu bewilligen.

Redbauer bekämpft unter Beifall der Linken die Präsenzstandserhöhung von militärischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Standpunkte und hält dieselbe der politischen Constellation nach für durchaus nicht zutreffend: „Mit der geforderten Mehrlast von 4 Millionen sei es nicht abgethan. Die 28,700 Mann trauen auch Kasernen und diese kosteten allein mindestens 25 Millionen, die nach und nach gefordert würden. Ferner würde dadurch eine Arbeitsstrafe von 28,000 jungen Männern der Volkswirtschaft entzogen, jetzt, in einer Zeit, wo allseitig so empfindlicher Mangel an Arbeitskraft fühlbar ist. Bei den jetzigen politischen Constellationen liege nicht das mindeste Bedürfnis nach einer Erhöhung des Präsenzstandes vor. Redner beruft sich schließlich auf die große Verantwortung eines Volksvertreters und erklärt, im vollen Bewußtsein seiner Pflicht gegen die Bewilligung zu stimmen.

JFM. Hartung hält sich als Fachmann in militärischen Dingen verpflichtet, vom militärischen Standpunkte aus die Wichtigkeit der Erhöhung des Präsenzstandes zu betonen und für diese entschieden einzutreten, da die derzeitige kurze Präsenzzeit unabdingt für unzulänglich zu halten sei. Auch sei die Berufung auf eine Überlastung der Steuerträger nicht zutreffend, da ein allseitiger Wohlstand bemerkbar sei und übrigens das für das Militär verwendete Geld wieder ins Volk zurückfliehe.

Herbst widerlegt zunächst einige von den Vorrednern für die Regierungsanträge vorgebrachten Gründe. Wenn man bloß bewillige, was der Kriegsminister als Fachmann fordere, so sei die Delegation ganz überflüssig. Die Gründe der Regierung für die Erhöhung des Präsenzstandes seien: 1) Ungerechtigkeit der dienenden gegenüber den beurlaubten Soldaten. 2) Vergleich des Präsenzstands Österreichs mit jenem anderer Länder. 3) Ungenügende Ausbildung des Heeres.

Der erste Grund habe eine communistische Färbung. Eine absolute Gleichheit sei unmöglich; übrigens werde die Gerechtigkeit nicht dadurch hergestellt, daß es Allen gleich schlecht gehe, sondern vielmehr dadurch, daß es Allen gleich gehe. Der Vergleich mit dem Auslande sei kein schlagender Grund, da zwischen der gesetzlichen Präsenzdienstpflicht und der factischen Präsenzzeit ein wesentlicher Unterschied obwalte; endlich falle der letzte genannte Grund nicht in die Waghalde, da das Verhältniß der abgerichteten Mannschaft zur nächst abgerichteten ein sehr günstiges ist.

Die finanzielle Seite der Frage betreffend, sei für die cisalpinischen Delegirten eine Erklärung des diesseitigen Finanzministers maßgebend und charakteristisch, die finanzielle Lage der westlichen Reichshälfte, wonach die drückende, ungeredete, unzweckmäßige Inseratensteuer nicht aufgehoben werden könne, da das Ertragsziel derselben von 300,000 fl. untere Finanzen nicht entbehren können. Österreich sei finanziell nicht convalescent, sondern noch schwer krank und sei noch von zwei schweren Krankheiten: Deficit und Valutastrafe, nicht geheilt.

Redner schließt mit einem Blick auf die Bedeutung des Institutes der Delegationen, dem keine historische Grundlage innewohnt, und befürwortet unter dem Beifalle der Linken die Ausschußanträge.

Nach einer persönlichen Bemerkung Greuter's beantragt Fürst Carlos Auerberg den Schluß der Sitzung. Der Antrag wird bei namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 26 Stimmen verworfen.

Fürst Carlos Auerberg erhält sodann das Wort und befürwortet die Bewilligung der Präsenzstandserhöhung aus einem dreifachen Gesichtspunkte; einmal, weil dieselbe gefragt ist, da im Wehrgefechte eine dreijährige Präsenzzeit in Aussicht genommen wurde; sodann vom finanziellen Standpunkte, da der österreichische Finanzminister in der bekannt gewordenen Solidarität der drei Regierungen seine Zustimmung hierzu gegeben habe; endlich, weil die Delegation der Politik des Ministers des Neuen Vertrauen entzogen gebracht habe.

Redner empfiehlt schließlich auf das Wärmste die Bewilligung der Präsenzstandserhöhung.

Demel hält die Argumente des Vorredners für nicht stichhaltig. Die im Wehrgefechte in Aussicht genommene dreijährige Präsenzdienstzeit involviere nicht das Recht der Kriegsverwaltung, den Moment zu bestimmen, in welchem die Ausführung zulässig erscheint; die Zustimmung des Finanzministers könne für das Bewilligungrecht der Delegation nicht maßgebend sein, dem Minister des Neuen sei eben wegen seiner Erklärungen über die friedlichen Beziehungen Österreichs zu dessen Nachbarn Vertrauen entgegengebracht worden, so daß also im Kriegsbudget Ersparungen möglich sind.

Gablenz wendet sich in Vertheidigung seines Antrages gegen die früheren Redner und betont, daß sein im Ausschuß gestellter Antrag auf Bewilligung des österreichischen Finanzministers nicht angenommen wurde.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

### S o w e i z .

Bern, 8. October. [Das vom Congres in Lugano gewählte neue Centralcomite der Friedens- und Freiheitsliga] besteht aus folgenden Mitgliedern: Nationalrat Battaglini, Advocat Stoppini und Professor Thurmann in Lugano; Dr. Bertoni von Genua, Abgeordneter der italienischen Parlamente; Dr. Ritol in Turin; Dr. Birti in Ripattoni; Umita in Genf; Advocat Blech in Paris; Bragdon, Redacteur der „Rural New-Yorker“; Cowell-Stepney in London; Gardner, Sekretär des Liberal Club in New-York; Amand Goegg; Madame Goegg; Ch. Faubey, Publist in Paris; Marchand in Bern; Charles Menn in Genf; Millowitski, Publist in Brüssel; C. Montard in Lyon; Ch. Lemmonier in Paris; Bouvier, President der italienischen Gesellschaft in Genf; Roslandan, Abgeordneter in Genf; Sampere y Miquel von Barcelona, Cortesmitglied; Sonnemann in Frankfurt a. M., Reichstagsabgeordneter; Professor G. Vogt in Zürich; Nationalrat Eyel in Lausanne. Professor Vogt in Zürich hat jedoch die Wahl abgelehnt.

[Zu den kirchlichen Wirren in Genf.] Ueber die Kopszahl der Betreiber der verschiedenen Konfessionen in Stadt und Canton Genf macht man der „N. A. 3.“ folgende Mittheilungen: Die im December 1870 von der Bundesregierung angeordnete Volkszählung ergab als Gesamtkörper der Kantonsangehörigen die Zahl von 93,200 Seelen. Dieselbe verteilte sich auf die beiden Confessionen nach dem Modus von 47,800 Katholiken zu 45,400 Protestanten. Von dieser Zahl entfielen auf die Stadt Genf 46,500 Personen, unter denen 25,400 Katholiken. Von letzterem Bestande muß man indes die in Genf sich aufhaltenden Fremden abziehen, wodurch die katholische Ortsangehörige Bevölkerung Genf's sich um circa 15,000 Köpfe verringert. — Die Ausgaben für den protestantischen Cultus beliefen sich im Jahre 1871 auf 74,100 Francs, die aus einem Specialfonds bestritten werden, zu welchem, wohlverstanden! weder die Genfer noch die auswärtigen Katholiken einen einzigen Centime beisteuern, während die Ausgaben für den katholischen Cultus, die sich im vergangenen Jahre auf 49,500 Francs beliefen, von der steuerpflichtigen Bevölkerung ohne Ausnahme gemeinsam getragen werden.

### I t a l i e n .

Rom, 6. Octbr. [Pius IX. und Antonelli.] Der „Presto-veranza“ wird eine interessante Notiz aus dem Vatican mitgetheilt: Der Papst hat sich wieder einmal mit seinem Cardinal-Staatssekretär überworfen. Bei großen staatlichen und kirchlichen Actionen hat sich Pius IX. gern von seinem geistlichen Sekretär leiten lassen, und wenn einmal auf diesem Gebiete Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen auftauchten, so schadeten sie der Freundschaft nicht viel. Diesmal aber handelte es sich um eine Angelegenheit, die Pius IX. persönlich berührte. Antonelli hatte den beiden Directoren der römischen Clericalen Blätter, dem des „Osservatore Romano“ und dem der „Voce della Verità“ verboten, die Anreden des Papstes an die in den Vatican kommenden Deputationen zu veröffentlichen, weil Pius in denselben bekanntlich vielfach über die Schnur schlägt und dem Staatssekretär diplomatische Verlegenheiten auf den Hals setzt. Der Papst erfuhr das dieser Tage, ärgerte sich stark und rief aus: „So lange ich lebe, will ich Herr sein. Ich hänge weder von Titus noch von Cajus, noch von den Jesuiten ab, und noch weniger von Antonelli.“ Und sodann schickte er zum Marchese di Baviera, Director des „Osservatore“ und zu dessen Collegen von der „Voce della Verità“ und beauftragte dieselben, zwei offizielle Reporters zu den Empfängen im Vatican zu schicken. Und kurz und gut, Antonelli befindet sich einmal wieder im Stande der päpstlichen Ungnade, so daß Bonnechose nur ein einziges Mal sich die Creppa hinaufzumüht hat, welche aus der Wohnung des Papstes zur der des Cardinal-Staatssekretärs führt.

[Der Papst und die Nonnen.] In der einen der am Mittwoch gehaltenen zwei Reden beklagte Pius IX. unter anderen Unbillen die Strenge der Prüfungs-Commission wider die Nonnen. Er

hatte noch bei jeder Gelegenheit viel väterliche Zärtlichkeit für das anständige Geschlecht. Sein letzter Besuch, bevor er sich im Vatican einschloß, war bei den Franciscanerinnen von St. Nicola de Tolentino. „Wie kommt es nur, daß die meisten eurer Kleider so verschlossen, andere es weniger sind, keines aber ein frisches, kräftiges Braun zeigt?“ „Heiliger Vater, wir färben sie nur mit Kastanenschalen.“ „Neamt besser Droguen, unterbrech auch von heute an die strenge Regel der Fasten, indem ihr die täglichen Delgerichte zuweilen durch Fleischbrühen ersetzt.“ Die Franciscanerinnen leben seitdem nicht mehr im Siechthum. Wohl mag den Nonnen, welche um die Unterrichtslizenzen sich bewerben, das Examen Schwierigkeiten machen, wiewohl es bei uns jeder Dorfschullehrer der letzten Classe leicht bestehen würde: allein die Regierung muß auch nach der Seite hin die Unparteilichkeit wahren. Davon aber will der Papst nichts hören, weil er die Einschaltung der laicalen Regierung in den Unterricht als Usurpation fremder Recht ansieht. Kein Wunder daher, wenn er fragte: „Gebe Gott, daß der von allen Guten herbeigehende Tag bald komme, an welchem die Jugend frei, mit wahrfest heiligsten Lehren genährt und nicht wie so viele arme Nonnen verfolgt wird, die man wie unschuldige Lämlein von ihrer Herde hinwegreißt, um sie herumzuschleppen, zu verachten und schließlich bei der Prüfung abzuweisen, wodurch sie zum großen Nachteil der ihnen anvertrauten Jugend die Erlaubniß zum weiteren Unterricht verlieren.“ Ungeachtet viele Nonnen wegen man gelnder Beschränkung für den Primärunterricht beim letzten Examen abgewiesen werden mußten, so ist doch die Zahl derer, welche die letzte Prüfung bestanden, größer als erwartet wurde. Die Gesellschaft für die katholischen Interessen ist auch durch diese Mittel thätig. Alles legt Hand an, zu retten, zu flüchten, Alle erfassen die Bedeutung des Jugendumunterrichts für die Gegenwart und die Zukunft.

[Zur Mission des Mons. Nardi.] — Zur Expropriation des Convents del Gesu.] Man schreibt der „Gazzetta d'Italia“ allerlei ergötzliche Dinge über die Berichte, welche der diplomatische Schwindler, Mons. Nardi, über den Erfolg seiner Rundreise durch Frankreich und Österreich abgestattet hat. Wenn der vatikanische Correspondent der „Gazzetta d'Italia“ auch nicht zu den durchaus wahrschreibenden Berichterstattern gehört, so würde man ihm doch Unrecht thun, wenn man alle Abgeschmacktheiten jenes Berichtes ausschließlich auf seine Rechnung setzen wollte. Er sagt also:

Mgr. Nardi ist der besten Laune. Trotz des vollständigen Fiascos, das er mit seinem Civita-Bechia-Project beim Grafen Remuzzi gemacht hat, erzählte er dem Papste, daß er von der englischen und denjenigen französischen Regierung, die nach Herrn Thiers kommen wird, zu Gunsten der Wiederherstellung der westlichen Herrschaft die formlichsten Zusagen und Versprechungen erhalten hat. Mgr. Nardi hat Pius IX. die ganz positive Nachricht von der französisch-englisch-russisch-österreichischen Quadrupel-Allianz gegen Italien und Deutschland überbracht. Nach Mgr. Nardi kommt es ganz unfehlbar und sehr bald zum Kriege zwischen Italien und Frankreich. Die Franzosen werden ganz Italien besiegen und das Regiment der Antonelli und übrigen Monsignori wieder herstellen. Über vor allen Dingen muß Herr Thiers fallen, und der heilige Vater muß zu dem Ende die Bischöfe und Geistlichen anregen, damit den Verhältnissen baldmöglichst zum Falde bringen. Diejenigen, welche die Früchte seines Sturzes ernten werden, sind darüber völlig einverstanden, die weltliche Herrschaft des Papstes wieder herzustellen. Der arme Pius IX., welcher immer geglaubt hat, daß sich endlich die zwölf Legionen himmlischer Herrscher, welche der ewige Vater seinem Sohne Jesus Christus nicht zu Hülfe geschickt, dem Kriegs-Minister des Papstes zur Verfügung stellen werden, ist von der Bereitschaft des Mgr. Nardi ganz entzückt und glaubt steif und fest an die Quadrupel-Allianz, deren Übereinstimmung in allen Punkten, und es sind deren sehr viele, für den Papst ausgemachte Thatache ist. Dafür ist aber Mgr. Nardi, den der heilige Vater mit Hinwendung über alles Ceremoniel nur noch seinen „Nardi mio“ nennt, des Cardinalshutes gewiß. Weniger phantastisch als die diplomatischen Nachrichten klingen die bedeutenden Summen, die Mgr. Nardi dem Papste von Frankreich und England mitgebracht hat. Der Cardinal Bonnechose, welcher noch eine Woche hier bleiben will, und der Erzbischof von Dublin, Cardinal Cullen, welcher dieser Tage erwartet wird, sind mit Mgr. Nardi einverstanden, Pius IX. mit Versprechen und Hoffnungen einzutragen und ihn zu überreden, daß er Rom verläßt. Die Zeitschriften ziehen natürlich an demselben Seile mit.

Dasselbe Blatt behauptet, für die Wahrheit der folgenden Mittheilungen bürgen zu können: „Das Municipium von Rom hatte die vollständige Expropriation des Convents del Gesu beschlossen; aber Pater Beckx oder ein anderes hervorragendes Mitglied des Jesuiten-Ordens warf sich in S. Rossore dem Könige Victor Emanuel zu Füßen, und dieser erfuhr darauf das Municipium, den verehrungswürdigen Vätern das Refectorium und die Räume zu lassen, die sie jetzt noch inne haben. Man sieht daraus, daß, wenn es Noth thut, die verehrungswürdigen Väter keinen Anstand nehmen, sich dem Manne zu Füßen zu werfen, gegen den sie das ganze Wörterbuch aller Injurien erschöpft haben und dessen schönstes Werk, „die Einheit des Vaterlandes“, sie um jeden Preis zerstören möchten.“

Die Feier des Grinnerungstages an das Plebiscit hat in den Blättern des Comizio al Colosseo ein helloderndes Feuer angezündet. Man muß eben streitlustig sein wie sie und voll Groll wider die Regierung, sonst hätte das Fest wohl keinen Anlaß zum Hader gegeben, schon weil es so still wie möglich vorübergegangen wurde. Alle Vorwürfe laufen schließlich in den einen zusammen, die Regierung habe Tausende das allgemeine Stimmrecht am 2. October 1870 gestattet, denen sie es später bei den Municipialwahlen wieder nahm und bei den politischen wieder nehmen wird, weil es ihr nun eben so und nicht anders paßt. Mit der Thatache hat es keine Richtigkeit, ob auch mit den daraus her

Italien als bald Zeiten des rücksichtlosen Angriffs gegen die Kirche anbrechen würden, er hofft jedoch, durch die Vorstiegeungen des eislen Mons. Nardi verhindert, neuerdings wieder sehr stark auf auswärtige Intervention. Nardi ist jetzt in Florenz, um dort die Ankunft des Cardinals Cullen aus Dublin abzuwarten und denselben für seine Audienz bei Pius IX. zu präparieren.

Im Italienischen Ministerium dauert unterdessen die Verschiedenheit der Ansichten über die einzelnen Bestimmungen des zu erlassenden Klosteraufhebungsgesetzes beständig fort. Lanza, De Falco, der Cultusminister und Visconti Venosta sind für halbe Maßregeln, letzterer, weil er sich durch seine an „auswärtige Mächte“ gegebenen Versicherungen, die volle Freiheit des Oberhauptes der katholischen Kirche zu wahren, für vielfach gebunden erklärt. Für durchgreifende Maßregeln ist Sella. In Folge dieser Unentschlossenheit ist man auch über den Zeitpunkt der Parlamentseröffnung noch immer im Unklaren, obwohl die Umstände erfordern, daß die Volksvertretung so bald als möglich zusammentritt. Denn bei der Masse von Gesetzen, welche vorliegen, und bei dem bekannten schleppenden Gange der Verhandlungen kommt dann, wie man aus Erfahrung schon weiß, alle mal die Zeit der unerträglichen Hitze viel zu schnell heran, und die Deputierten erledigen entweder wichtige Gesetze im Fluge ohne gewissenhafte Prüfung oder das Parlament entsteht sich und muß schließlich, ohne daß dringende Angelegenheiten zu einem erschrecklichen Ende gebracht sind, geschlossen werden.

### Frankreich.

Paris, 8. Oktbr. [Aus Lourdes] hat man jetzt nähere Nachrichten. Die Pilger, schreibt man der „R. Z.“, haben sich dort keineswegs in so großer Anzahl eingefunden, als man zuerst geglaubt hatte; aber es waren doch 25,000 mit ungefähr 300 Bannern anwesend. Die Geschäfte, die dort in Heiligenbildern, Rosenkränzen u. c. gemacht wurden, waren enorm. Am Sonntage wurden in diesen Dingen allein hier über 100,000 Stück verkauft. Die Bewohner von Lourdes und Umgegend glauben an das Wunder nun zwar nicht, gestehen dieses aber nur unter vier Augen ein, da ihnen die Agitation viel Geld einträgt. Die, welche Wohnungen zu vermieten haben, machen besonders gute Geschäfte. Am Sonntag Morgen wurden die einzelnen Zimmer mit 40 bis 50 Franken bezahlt. Gegen Mittag waren aber doch die Preise auf 20 Franken herabgegangen, und des Abends boten junge, hübsche Mädchen Zimmer mit Feuer — es ist schon fast in den Pyrenäen — für 10 Franken an. In der Stadt Lourdes selbst und in der Allee, welche nach der Grotte führt, waren Tausende von Buden aufgestellt, wo außer den Heiligenbildern u. s. w. auch Gewänder und andere Gegenstände feilgeboten wurden. Das Ganze bot den Anblick eines großen Jahrmarktes, nur fehlten die Garküchen, obwohl in einer Bude eine Nonne Gegenstände feilbot, welche dem Papste Pius IX. angehört haben sollen. Am Sonntage begann der Gottesdienst um Mitternacht. Es wurden nämlich an 32 Altären Messen gelesen und das Abendmahl verabreicht. Einige Pilger gerieten, als sie das Wasser der Grotte getrunken hatten, in Ekstase, Wunder geschehen aber nicht, d. h. kein einziger der Kranken wurde geheilt. Die hohe Geistlichkeit selbst schwieg thätigkeitsweise an das Wunder von Lourdes nicht zu glauben. Weder der Erzbischof von Auch, noch der Bischof von Tarbes, noch der Paier Chocarne sprachen in ihren Predigten von der wundersamen Erscheinung der Jungfrau in der Grotte, sondern beschrankten sich darauf, in allgemeinen Ausdrücken von der Verehrung zu sprechen, die man der Jungfrau schulde. In einige Erregung wurden die Pilger dadurch versetzt, daß der bekannte Laserte, der Hauptförderer der Wallfahrten nach Lourdes, am Sonntag Morgen gegen 11 Uhr einen Zettel anschlagen ließ, wonin er alle Pilger aufforderte, jede Kundgebung zu unterlassen, da er erfahren, daß böse Menschen aus Paris angelommen seien, um Gegendemonstrationen zu machen. Wie man in Lourdes glaubte, war dieses aber nur ein former Trug, um die Pilger zu bestimmen, keine Rufe erthben zu lassen, was zuerst geschehen war und wobei sich der Marquis de Francene ausgezeichnete hatte, der mit einem Banner in der Hand ohne Aufsehen dem Papste Hochs dargebracht hatte. Unter den Bannerträgern bemerkte man den jungen Herzog von Luynes, den Grafen von Praslin und andere Mitglieder des hohen Adels. Das männliche Geschlecht war im Ganzen schwach vertreten. Die Frauen, junge Mädchen und Kinder bildeten die Mehrzahl der Pilger. Die Zahl der Geistlichen aller Art betrug über 2000. Besonders stark waren die Landgeistlichen vertreten, die diese Gelegenheit benutzt, um einmal eine Reise zu machen. Die offizielle Demonstration, welche gemacht wurde, bestand in dem Absingen einer Litanei in lateinischer Sprache, das Gebet, welches alle Pilger in der Grotte sagten, lautet:

O Maria, unbestechliche Jungfrau, unsere liebe Frau von Lourdes! Du siehst zu deinem Füßen alle deine Kinder. Wir sind als Sendlinge aus allen Départements unseres Frankreichs gekommen, um dir in's Gedächtnis zurückzurufen, daß unter Volk dein Volk ist und daß, auf deine Stimme hörend, es dir von Neuem sagen will, daß du sein Glaube und seine Hoffnung bist. Wir kommen, um dir für deine wunderbare Erscheinung zu danken: wir kommen, um von dir zu verlangen, uns zu deinem heuren Sohne, unserem Herrn, zurückzuführen; wir kommen, damit du für Frankreich Verzeihung und Barmherzigkeit erhältst. Wir versprechen, wieder Christen zu werden; wir wollen öffentlich und feierlich die Beschimpfungen wieder gut machen, welche die Göttlichkeit unseres liebgeliebten Retters Jesus Christus angehauen worden sind. Sei barmherzig, und wir werden leben; verlöse die Schmerzen unseres Vaterlandes, erneure Frankreich, indem du uns unsere älteste Tochter der Kirche: es glaubt, es liebt, es betet, und du bist die Himmelskönigin! Es ist sicher seines Heils, und glaubt fest, daß es durch dich die alte und mächtige katholische Nation wieder werden wird! Amen.

A. A. C. London, 7. October. [Meeting.] Clerkenwell-green war gestern (Sonntag) der Schauplatz eines gigantischen Meetings, das unter den Aufsichten der katholischen Mäßigkeit-Gesellschaft abgehalten wurde. Das Auditorium auf dem samotanischen „Green“ bestand aus 4–5000 irischen Männern und Weibern, denen außer anderen katholischen Geistlichen Erzbischof Manning unter freiem Himmel eine Standpredigt hielt, in welcher er die Söhne und Töchter der grünen Insel vor den Nebeln der Trunkucht warnte und sie ermahnte, Mäßigkeit- und Enthaltsamkeits-Vereinen beizutreten. Die Predigt verfehlte übrigens ihre Wirkung nicht, denn am Schlusse des Meetings ließen sich hunderte von irischen Arbeitern, statt, wie üblich, mit ihren Frauen in der nächsten Scheite sich gütlich zu thun, als Mitglieder des erwähnten katholischen Mäßigkeitvereins einschreiben und legten das Enthaltsamkeitsgelübde ab.

[Lord Russell] widmet, obwohl er sich in seinem 80. Lebensjahr befindet, den größten Theil seiner Zeit noch immer schriftstellerischer Beschäftigung. Gegenwärtig schreibt er eine Broschüre, in welcher dem Bernebten nach das Verdict des Genfer Schiedsgerichts einer Kritik unterzogen wird und die Ansichten Sir Alexander Colbourns wesentlich gebürgt werden.

[Der Kaiserl. Prinz von Frankreich] wird am Schlusse der Winterferien in die Militärschule in Woolwich als Cadett eintreten.

[Todesfälle.] General Sir Patrick Montgomery ist hier im Alter von 79 Jahren gestorben, nachdem er 1810 in die Madras-Artillerie eingetreten und im Jahre 1868 pensioniert worden war. Der Verstorbene hatte sich in vielen indischen Feldzügen, hauptsächlich aber im Kriege gegen China in 1840–41, in welchem er die Artillerie befehlte, ausgezeichnet. Als Belohnung für seine Dienste wurde er damals zum Adjutanten des Königs ernannt. In einem Orte weitweit Dover starb am Sonntag Morgen plötzlich der Feldmarschall Sir George Pollock, Constable des Towers von London, in dem hohen Alter von 88 Jahren. George Pollock wurde im Jahre 1786 in London geboren. Kaum 18 Jahre alt, trat er in die militärischen Dienste der Ostindischen Compagnie und zwar erhielt er ein Patent als Lieutenant in der englischen Artillerie. Dort machte er während der Feldzüge gegen die rebellischen Ingoboren rasch Karriere. Im Jahre

1841 wurde er Generalmajor. Wichtige Dienste leistete er in dem Kriege gegen die Afghane, trug durch eine Reihe geschickter Operationen viel zur Erzwingung der Kyberpässe bei, und vollbrachte eine Anzahl glänzender Waffenstaten, zu deren großartigsten der Entzak von Jellalabad und die Eroberung von Cabul gehörten. Das dankbare Vaterland belohnte Pollock's Verdienste mit einem Danckebotum beider Häuser des Parlaments. Die Königin verlieh ihm das Großkreuz des Bathordens, die indische Regierung einen wertvollen Ehrenbogen, die City von London das Ehrenbürgerrecht, und die Directoren der ostindischen Compagnie segneten ihm eine lebenslängliche Pension von 1000 Pfld. Sterl. aus. In 1843 wurde Sir George Pollock zum Generalen Englands am Hofe von Oude, und in folgenden Jahren zum Mitgliede des obersten Rates von Indien ernannt. Bei seiner Rückkehr nach England wurde er zu einem der Directoren der ostindischen Gesellschaft gewählt, welchen Posten er bis zur Auflösung der Compagnie bekleidete. Vor mehreren Jahren erfolgte seine Nachförderung zum Feldmarschall, und im vorigen Jahre wurde er zum Nachfolger des verstorbenen Feldmarschalls Bourgogne als Constable des Towers von London ernannt.

E. C. London, 7. October. [Zum Handelsvertrag mit Frankreich.] Am Donnerstag Nachmittag wird eine Cabinettsitzung stattfinden, auf der wahrscheinlich über den englisch-französischen Handelsvertrag verhandelt werden wird. Bestätigt werden wir in dieser Vermuthung dadurch, daß die Ankunft des Herrn Denne, der die französische Regierung bei den Verhandlungen repräsentirt hatte und der vor einiger Zeit nach Paris zurückkehrte, um mit dem Minister zu konferiren, auf den Dienstag angekündigt ist. Alles, was aus Paris nach England und anderswohin über die guten Aussichten, die das Zustandekommen des Handelsvertrages habe, geschrieben und telegraphiert worden ist, muß als verfälscht bezeichnet werden. Man darf mit vollem Rechte annehmen, daß die Ansichten im Ministerium ebenso wie im Volke getheilt und oft ganz entgegengesetzter Natur sind. Den Speculationen über den vermutlichen Ausgang der Verhandlungen wird indeß bald ein Ende gemacht werden, denn allem Anschein nach steht ein endgültiges Arrangement nahe bevor. Herr Denne hat, wie es heißt, Vollmacht, in allen freitigen Punkten zu entscheiden, und die englischen Minister werden, wo sie es irgend mit dem Interessen des Landes vereinbaren können, sich entgegenkommend zeigen.

[Lord Derby in Preston.] Vor einer Zubrerschaar von Gutsbesitzern und Pächtern aus seinem heimischen Lancashire lies sich in den letzten Tagen Lord Derby in Preston in seiner bekannten ruhigen und gemäßigten Weise über manche mit der heutigen Landwirtschaft in Zusammenhang stehende Fragen vernehmen. Er stellte die vielfach geäußerte Behauptung, daß die Preise der Arbeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft für alle Zeiten in die Höhe gegangen seien, in Frage, und erklärte, er werde in diesem Punkte unglaublich bleiben, bis er klar sehe, daß die Zunahme der Bevölkerung durch Auswanderung und in sonstiger Weise eine durchgreifende Gegenwirkung erhalte. Was das Genossenschaftswesen anbelangt, so räumt er ein, daß es sich für den Consument als erfolgreich erwiesen habe; dagegen schien ihm die Anwendung desselben Princips auf industrielle Production hinsichtlich der Ergebnisse von zweifelhaftem Werthe. Im Punkte des Wildschwezes bemerkte er im weiteren Verlauf der Rede, manche Gutsbesitzer gingen wohl zu weit, indessen sei doch die Gesetzgebung schwerlich im Stande, Abhilfe zu schaffen. Es würde unter solchen Umständen besser sein, wenn sich beide Parteien entgegen kommen und das Eingreifen des Parlaments verhindern wollten. Bezuglich der Verbesserungen, welche Pächter auf ihren Gütern angebracht, gab Lord Derby zu, daß ein Anspruch auf Entschädigung gerechtfertigt erscheine, wenn diese Verbesserungen noch nicht erschöpft seien, allein auch hier würde er die Abhilfe auf dem Wege des Vergleichs dem Einschreiten des Parlaments vorziehen.

### Spanien.

Madrid, 1. Oktbr. [Die Congresssitzung.] In der die Commissionen zur Prüfung der einzelnen Gesetzentwürfe gewählt wurden, war nicht besonders angenehm für das Ministerium. Es kam zu einem stürmischen Auseinanderplausen der Geister. Viele Mitglieder der Majorität behaupteten, sie seien Radicale, aber nicht Ministerielle, d. h. sie hielten es nur so lange für ihre Pflicht, ministeriell zu stimmen, als dies ihren eigenen Interessen zusage. Ganz besondere Anstoß erregt das Gesetz über die Rekruten-Ausbildung, da sich sehr viele Deputirte ihren Wählern gegenüber verpflichtet haben, die Conscription abzuschaffen, auf Grund einer früher von Zorrilla gemachten Zusage. Mit dem Budget ist es eben so. Einzelne Abgeordnete wollen gern jedes Opfer bringen, um den Credit des Landes aufrecht zu erhalten, andern dagegen ist es noch zu viel, wenn die Zinsen der Staatschuld zu zwei Dritteln in Metall bezahlt werden sollen und verlangen halb Metall und halb Papiergeeld. Unter den republikanischen Abgeordneten befinden sich außerdem einige, die befürchten, daß das neue Gesetz, welches die Zahlung der geistlichen Gehälter dem Staaate abnimmt und den Gemeinden aufbürdet, werde die Macht der Geistlichkeit nur stärken anstatt schwächen; ein Glaube, den die Priester selbst jedenfalls nicht hegen. Wegen aller dieser Zwischenheiten sprach man bereits von einem neuen Ministerium Rivero, doch dürfte es höchstens zum Ausscheiden von Gasset und Ruiz Gomez kommen. Viele der republikanischen Abgeordneten waren über die Einbringung des Rekrutengesetzes so erbittert, daß sie in einer stürmischen Versammlung beschlossen, ihre Mandate niederzulegen und in den Provinzen einen republikanischen Aufstand anzufachen, der, wie sie meinten, um so eher Erfolg haben müsse, als der Regierung augenblicklich kaum 28,000 Mann Soldaten zu Gebote ständen, von denen der größte Theil noch obenan mit der Verfolgung der Carlistens banden zu ihm habe. Nur der Besonntheit der älteren Parteiführer ist es zu danken, daß es bei dem bloßen Vorhaben blieb. Die Herren Castelar und Figueras wissen zu gut, daß so lange in Frankreich die Republik noch nicht fest begründet, sie auch in Spanien wenig Aussicht auf Bestehen hat.

[Der Kriegsminister] hat eine Vorlage eingebracht zur Bewilligung eines Extracredits von 20 Millionen Pesetas zur Beschaffung von Artilleriematerial.

[Kirchliches.] Das Staatsministerium wurde von Seiten einiger Abgeordneten aufgefordert, die nötigen Schritte zu thun, um den Ausschreibungen des höheren Klerus entgegen zu treten.

[Dampfer-Verbindung.] Vom 1. Januar 1873 ab wird monatlich eine dreimalige Dampferverbindung zwischen Spanien und Cuba eintreten.

[Aus Lissabon] kommt die Nachricht, daß mehrere Fabrikanten, als Antwort auf die mahllosen Forderungen ihrer Arbeiter, sofort die Geschäfte geschlossen und ihr ganzes Personal entlassen haben. Die Internationale soll angeblich in Portugal fast 24,000 Mitglieder zählen.

(Magd. Btg.)

### Provinzial-Bericht.

+ Breslau, 11. Oktbr. [Der Thronfolger von Russland, Großfürst Alexander Alexsandrowitsch] langte in Begleitung seiner Gemahlin, der Großfürstin Maria Feodorowna (frühere Prinzessin Dagmar von Dänemark), und seinen beiden Kindern Georg und Nikolai zur festgesetzten Zeit gestern Abends 8 Uhr 15 Minuten mit dem Personenzug der Posener Eisenbahn aus dem

poldt war schon vorher nach Posen gefahren, um den betreffenden Zug, in welchem die kaiserlichen Salonwagen eingeschoben wurden, persönlich nach Breslau zu leiten. In dem Gefolge, welches aus ca. 30 Personen bestand, befand sich der Hofmarschall General Sinowjeff, der persönliche Adjutant Graf Olswieff, die Oberhofdamme Gräfin Apraxin, und der Leibarzt Dr. Hirsch. Da Se. kaiserliche Hoheit im strengsten Incognito reist, und sich jeden Empfang verbietet hatte, so war nur der Herr Polizei-Präsident, Freiherr von Uslar-Gleichen auf dem Bahnhofe anwesend. Der Großfürst Thronfolger, von hoher statlicher Figur, erschien in Civilkleidung, hatte aber, in Folge einer Erkrankung an Zahnschmerzen leidend, das Gesicht mit einem Tuche verbunden. Indisponirt und jedenfalls von der langen Reise ermüdet, hielt sich derselbe nur wenige Augenblicke auf dem Bahnhofe auf, und seine Gemahlin am Arm führend, bestiegen die hohen Herrschaften sogleich den bereitstehenden Wagen, um sich nach Hotel Gallisch zu begeben. Bald nach Ankunft in den Gemächern erschienen Sr. Excellenz der Divisions-Commandeur, General-Lieutenant Graf von Brandenburg und der Commandant, Generalmajor von Hindern, um den hohen Gast in Breslaus Mauern zu bewillkommen. Beide erhielten eine kurze Audienz. Im Hotel Gallisch, dessen Corridore und Treppen mit erotischen Gemälden dekoriert waren, standen 13 Salons zur Verfügung. — Heute früh um 6 Uhr begab sich der hohe Reisende nebst Gefolge in bereitstehenden Wagen nach dem Centralbahnhofe und setzte derselbe mit dem Personen-Zuge der Oberschlesischen Eisenbahn seine Weiterreise nach Krakau und von dort weiter über Lemberg nach Odessa fort.

Angelommen: Se. Durchlaucht Erbprinz v. Hatzfeld-Schönstein, a. Gus. — Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin v. Hatzfeld-Schönstein, a. Gus. — Se. Excellenz v. Gerstenberg-Zech, Wirk. Geh. Rath und Staats-Minister aus Altenburg. (Fremdenbl.)

+ Breslau, 10. Oktbr. [Lehrer-Versammlung.] In der gestern Abend abgehaltenen, von den städtischen Lehrern beider Konfessionen zahlreich besuchten Versammlung, gelangte nach kurzer Verhandlung über die in Aussicht stehende Regelung der Gehaltsverhältnisse durch den nächsten Stat. die Frage zur Erörterung, ob die im künftigen Jahre abzuholende allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung in Breslau abgehalten werden solle? Darauf bezügliche Wünsche sind bereits bei der in Hamburg stattgefundenen diesjährigen allgemeinen deutschen Lehrer-Versammlung laut geworden; die dorthin gesendeten Vertreter Breslaus fanden sich jedoch nicht in der Lage, eine bestimmte Zusicherung darüber abzugeben, daß die Versammlung gerade im nächsten Jahre hier gern aufgenommen werden würde. Unterstellt sind von dem geschäftsführenden Ausschuß jener Versammlung bestimmte Anfragen nach hier gelangt, ob die städtischen Behörden und die Lehrerschaft Breslaus geneigt sei, die nächstjährige Versammlung in unserer Stadt aufzunehmen? Seitens des Stadt-Schulrats ist in Folge dessen erklärt worden, es unterliege keinem Zweifel, daß die städtischen Behörden Breslaus die allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung im nächsten Jahre mit Freuden hier begrüßen und bereit sein würden, dieselbe mit allen ihnen zuständigen Mitteln zu fördern. — Die versammelten Lehrer sprachen gleichfalls den lebhaften Wunsch aus, die Collegen aus allen Gauen Deutschlands hier aufzunehmen. Sie verhielten sich allerdings nicht, daß dies bei einer so lausenden zahlreichen Bevölkerung, wie sich in stetigem Wachsthum für die Lehrer-Versammlungen herausgestellt, gerade in Breslau seine bedeutenden Schwierigkeiten habe, weil nach allen seither gemachten Erfahrungen auf eine irgendwie umfassende Mitwirkung der Bürgerlichkeit in Bezug auf die göttliche Aufnahme wohl kaum zu rechnen sei. Um so mehr erachten sie es als Pflicht für sich, auch ohne diese anderweitig bereitwillig gewährte Hilfe, den Collegen den mehrläufigen Aufenthalt in Breslau so leicht und so freudlich zu gestalten, als dies ihnen nur möglich ist und die nähere und entferntere Umgebung Breslaus wird nach den ersten Verhandlungen den deutschen Lehrern ja auch Gelegenheit bieten, angenehme Erinnerungen nach der Heimat mitzunehmen. Die Versammlung sprach sich daher einstimmig dafür aus, dem geschäftsführenden Ausschuß davon Mitteilung zu machen, daß die deutsche Lehrer-Versammlung im nächsten Jahre von Breslaus Lehrern herzlich willkommen geheißen werden würde, wenn sie hier abgehalten werden sollte. — Bezuglich der zu erwartenden Gehaltsnormierung der städtischen Lehrer sprach sich nach allerdringlich der Ausschuß, daß dies Normierung wiederum den Wünschen der Lehrer nur in beschränktem Maße und um so weniger entsprechen würde, als die in Aussicht gestellte Gehalts-Scale aufgezeigt und eine ohne nähere Rücksicht auf die Ämterneutrale festgestellte Gliederung der Gehaltsstufen angenommen werden sein soll. Da die betreffende Vorlage der Stadtoberverordneten-Versammlung noch nicht zugegangen, beschloß die Versammlung, bis dahin von weiteren Anträgen abzusehen, jedoch schon jetzt eine Commission mit der Aufgabe zu beauftragen, nach Lage der Sache seiner Zeit diese Anträge einzubringen. — Nachdem noch eine anerkannde Zeitschrift an den um die Schlesische Lehrerbildung hochverdienten, nunmehr emeritierten Seminar-Oberlehrer Christian Scholz in Münsterberg von der Versammlung vollzogen worden, wurde von ihr über eine weitere Vorlage verhandelt, über welche wir uns nähere Mitteilung vorbehalten.

+ Gogolin, 10. October. [Schulhausbau.] Der schon seit Jahren in Aussicht genommene Bau einer evangelischen Schule für die Gemeinde Gogolin steht nunmehr im künftigen Jahre seiner Verwirklichung entgegen. Die bieslachen Sorgen des Herrn Pastors Schmidt zu Krappitz, um Acquisition eines geeigneten und wohlfeilen Bauplatzes sind auf einmal behoben, nachdem Herr Particularist Ludwig Hüller hier selbst in sehr anerkannter Weise ein bezügliches Grundstück in der Nähe der Glücksburger Dampfbräuerei unentgeltlich hergegeben und der in Rente stehenden Schule, welche zur Zeit im Polizeiverwalter Rotter'schen Wohnhaus ein Lehrlokal mietbewohnt besitzt, übergeben hat. Ob die Errichtung und die Unterhaltung der Schule von der Landgemeinde übernommen werden oder den zu der Schule gewiesenen resp. eingewohnten Einwohnern obliegen wird, steht noch dahin, es schwelen dieferhalb aber entsprechende Verhandlungen. Würden die Evangelischen für beide Factoren allein aufzukommen und hier nach die notwendigen Beiträge zu leisten haben, so läge es in der Billigkeit, denselben diejenigen Gelder zuzuladen, welche nie schon mehrere Jahre hindurch beinahe Auffassung eines Fonds zum Aufbau einer neuen kathol. Schule gehabt haben und der in der königl. Kreis-Steuer-Kasse zu Gr. Strehlitz deponirt ist. Die Evangelischen hätten alsdann schon über ein hübsches Simumm zu versorgen und treten demselben noch diejenigen Gelder hinzufüge, welche sie seit Jahren für die katholischen Pfarrbauten zu Ottomuth entrichtet haben, so kann es unter Jubiläenahme eines entsprechenden Staatszuschusses, der ja in solchen Fällen gewöhnlich gewährt wird, nicht fehlen, daß die Baulast eine leichte werde. Ist doch schon ein Kaufond vorhanden, der seit längerer Zeit von den Evangelischen nach und nach aufgesammelt worden ist.

S. Gleiwitz, 10. October. [Mebelstand.] Seit dem 2. d. M. bivouirt eine Anzahl Frauenzimmer mitten in der Stadt, auf dem Mehlmarkt. Am genannten Tage von der Polizei aus ihrer bisherigen Wohnung auf Grund vielfacher Hubstörungen ermittelt, haben diese Ungläubigen ihre armlichen Haushalte neben ihrer bisherigen Bebauung aufgestellt und nur der schlendende Schleifer der Nacht verhüllt Scenen, die ich Ihnen kaum anzudenken wage. Die Wochenmärkte werden auf dem Mehlmarkt abgehalten, die Schulinder paffen den Platz und bekommen Einblicke in einen Haushalt, die ihnen um jeden Preis entzogen werden sollten. Ich enthalte mich jedes Kommentars und glaube nur eine Bürgerpflicht zu erfüllen, wenn ich die nackte Thatache weiteren Kreisen zur Kenntnis bringe.

+ Pleß, 9. Oktbr. [Unglücksfall. — „Der Schlesier“. — Biehmarkt.] Vor mehreren Tagen wurde in der Nähe der Stadt auf freiem Felde ein Kind durch einen Schuß verletzt. Das Kind befand sich in der Nähe von Leuten, welche mit Feldarbeit beschäftigt waren. Ein Forstbeamter jagte unweit davon und schoß auf Hühner. Das in der Nähe befindliche Kind wurde von Schrotkörnern getroffen. Die Verlezung war zum Glück eine unerhebliche und ohne nachteilige Folgen. — Seit Beginn dieses Quartals erscheint hier selbst eine Zeitschrift unter dem Namen „Der Schlesier“. (S. Nr. 472 der Bresl. Btg.) Die erste Nummer dieses all

